

Zugestellt durch Post.at

AUSGABE Mai 2014

DIE GRÜNEN

SINABELKIRCHEN



Jakob Schwarz, Kandidat der Grünen, mit grünem Rucksack unterwegs ins Europaparlament, und Germaid Puhr, grüne Gemeinderätin in Sinabelkirchen

DIE EU MACHT, WAS SIE WILL?

von Jakob Schwarz

Was mir am EP-Wahlkampf am meisten taugt, ist, dass man mit vielen verschiedenen Leuten ins Gespräch kommt. Und dabei habe ich Folgendes festgestellt:

1. Sehr viele sind sehr sauer auf die EU.
2. Die, die sich am meisten über die EU aufregen, wissen oft wenig über die EU.
3. Leider wollen die dann aber auch nichts über die EU erfahren. Bei all den Podiumsdiskussionen, und auch am Standl, kommen immer nur Leute, die schon recht viel über die EU wissen, und selten EU-Gegner.

Und das ist traurig, weil es in der EU tatsächlich viele Probleme gibt, die wir lösen müssen. Und lösen können, wenn wir uns dafür einsetzen. Ein paar Beispiele:

Problem 1: Das demokratisch gewählte EU-Parlament ist zu schwach und kann sich gegen Kommission und Rat selten durchsetzen.

Lösung: Zur Wahl gehen! Wenn viele wählen, wird das EU-Parlament ernst genommen, und Rat und Kommission können nicht tun, was sie wollen. Schon jetzt hat das EU-Parlament Zähne gezeigt und sich klar gegen die Kommission gestellt: Es hat für starken Klimaschutz gestimmt, die Saatgutverordnung wurde abgelehnt, die Zulassung von Genmais auch. Aber das Parlament braucht die Unterstützung der BürgerInnen.

Problem 2: 10.000e Lobbyisten beeinflussen mit mehreren 100 Millionen Euro jährlich die Arbeit der Kommission.

Lösung: Einzelne Parteien (z.B. die Grünen) wollen das ändern und brauchen dafür Unterstützung durch die WählerInnen. Ein verpflichtendes Lobbying-Register, mit einer Abkühlungsphase für Beamte der Kommission, damit diese nicht ständig zwischen Jobs bei Lobby-Unternehmen und Kommission hin- und herwechseln, kann dieses Problem in den Griff kriegen.

Problem 3: Die EU regelt zu viele Kleinigkeiten (z.B. Glühbirnen, Duschköpfe) und macht bei wichtigen Themen nichts (z.B. Finanzmarktregulierung, Sozialstandards, Klimaschutz).

Lösung: Einzelne Parteien (z.B. die Grünen) wollen das ändern und brauchen dafür Unterstützung durch die WählerInnen.

Es gibt aber auch noch **andere Möglichkeiten:** Die Demonstrationen in Prag, Wien etc. haben ACTA zu Fall gebracht. Das erste europäische Volksbegehren hat die Wasserprivatisierung gestoppt. Dank der Petition gegen das Freihandelsabkommen (TTIP) wurden die Verhandlungen teilweise ausgesetzt. Dank der Petitionen gegen die Saatgutverordnung wurde diese vom EU-Parlament abgelehnt.

Das alles zeigt, dass wir alle die Politik der EU sehr wohl beeinflussen können, wenn wir uns drum kümmern. Nur raunzen ist zu wenig und hilft nur den Großkonzernen und ihren Lobbyisten.



Die Grünen in Sinabelkirchen

GEMEINDERÄTIN GERMAID PUHR

M: 0660/41 37 999

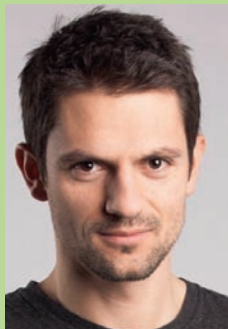
E: germaid.puhr@gruene.at



Informationen zur EP-Wahl:

Allgemeine Infos der Bundesregierung:
www.zukunfteuropa.at
Grüne Ziele, Erfolge und Niederlagen
im EU-Parlament:
www.greens2014.eu/de/

Falls jemand mehr Informationen zur
EP-Wahl haben oder sich einfach nur
beschwerden will, bitte schreibt mir ein
E-mail, ich freu mich:
jakob.schwarz@gruene.at



Jakob Schwarz,
geboren 1985 in
Sinabelkirchen,
hat einen un-
gewöhnlichen
Werdegang
hinter sich. Nach
der Matura an
der HTL Weiz
diente er als

KFOR-Soldat im Kosovo und arbeitete
in einem Kernkraftwerk. Er studierte
Physik und Volkswirtschaft in Öster-
reich, Italien und den USA und arbeitet
derzeit am Wegener Institut für Klima-
forschung in Graz.

Für die Grünen engagiert er sich schon
lange – der bisherige Höhepunkt war
seine Wahl zum Sprecher der Europä-
ischen Jungen Grünen im Jahr 2012.

EP-WAHLEN

STEHEN VOR DER TÜR!

Kommentar von Josef Rosenberger

Einerseits ist die EU absolut wichtig,
denn sie hat uns in den vergangenen
Jahren Frieden und Sicherheit gebracht.

Was man aber kritisieren muss: Die EU
hat zusehends den kleinen Bürger ver-
nachlässigt und ist zur Spielwiese für
Banken und Großkonzerne geworden.
Dieser Kurs muss geändert werden.

Ein „schönes“ Beispiel sind die jetzt
laufenden Verhandlungen über ein
Freihandelsabkommen zwischen der
EU und den USA. Diese Verhandlungen
werden geheim geführt, und auch
unsere großen Parteien – die SPÖ und
die ÖVP – schweigen seltsamerweise
zu diesem Thema. Wahrscheinlich um
bei den Wählerinnen und Wählern keine
vorzeitige Unruhe zu erzeugen. Denn
bei diesen Verhandlungen geht es unter
anderem auch um die so genannte
„Investitionsschutzklausel“. Ein harmlos
klingender Begriff.

Aber in Wirklichkeit ist es ein sehr ge-
fährliches Vorhaben für uns Menschen
in Europa. Denn wenn die EU diese
Klausel in den Vertrag aufnimmt, stellt
sie das Recht der Konzerne über das
nationale Recht der Mitgliedsstaaten.
Das sieht dann so aus: Großkonzerne
können bei eigens dafür eingerich-
teten Gerichten gegen Staaten auf
entgangene Gewinne klagen. Dagegen
gibt es keine Berufung. Bisher hat sich



gezeigt, dass die Staaten im Schnitt
60 % der Fälle verlieren. Derzeit laufen
weltweit ca. 500 solcher Verfahren.

Staaten müssen überdies die Pro-
zesskosten für sich und den Gegner
zahlen, auch wenn sie gewinnen.

Hier nur zwei Beispiele für das, was uns
droht: In den USA werden Grillhühner
mit Chlor desinfiziert – das soll durch
das Freihandelsabkommen auch in

Europa erlaubt werden. Und der Tabak-
konzern Morris hat Australien auf 80
Millionen Dollar Schadenersatz verklagt,
weil der Staat Warnhinweise auf Ziga-
rettenverpackungen verlangt hat.

So geht es vielen Staaten. Die „Inves-
titionsschutzklausel“ darf auf keinen
Fall in das Abkommen aufgenommen
werden.

Der beste Garant dafür sind die Grü-
nen, die im Europaparlament darüber
wachen, dass die äußerst wichtigen
Rechte der Bürgerinnen und Bürger
gesichert werden – auf eine gesunde
Umwelt, Gesundheit, Schutz der Konsu-
mentInnen und soziale Rechte.

Da weder SPÖ noch ÖVP sozial und
volksnah sind, können wir von ihnen lei-
der keine wirkliche Hilfe erwarten. Das
zeigt die Politik seit der Nationalrats-
wahl: Steuererhöhungen, Milliarden für
Banken, unverschämte hohe Pensionen
bei der Nationalbank usw.

Auf der anderen Seite: keine Reformen,
steigende Arbeitslosigkeit, Staatsschul-
den. Ein österreichischer Durchschnitts-
verdiener zahlt fast 49 % Steuern und
Abgaben. Im EU-Schnitt sind es 36 %.

Am Stammtisch sitzen und kritisieren
bringt überhaupt nichts – nur wer
wählt, zählt. Mit Jakob Schwarz haben
wir in unserer Gemeinde einen jungen
Kandidaten, der sich für die Menschen
und ihre Rechte wirklich einsetzt. Un-
terstützen wir ihn, damit die Grünen im
EU-Parlament mehr Gewicht bekom-
men und unsere Rechte gegen Banken
und Großkonzerne wirksam durchset-
zen können.

BACKHENDL UND BADETEICH

Die Gemeinde hat einen neuen „Versicherer“ – d.h. „wir“ sind dem Verein „Kommunal-Info-direkt“ beigetreten, der direkt bei einem Rückversicherer sehr günstige Versicherungsbündel für Gemeinden verhandelt. Das wird wohl seine Ordnung haben – der Prüfungsausschuss wird unter meinem Vorsitz die Bedingungen überprüfen.

Weil Sinabelkirchen aber die 100. Gemeinde ist, die diesem Verein beigetreten ist, wurde der gesamte Gemeinderat zu einem Backhendlessen eingeladen – Essen und Getränke für die anwesenden Gemeinderatsmitglieder plus Vereinsvorstandsmitglieder mit Ehefrauen kosteten schätzungsweise 200 Euro.



Auch wenn das der Verein bezahlt – letzten Endes tut er es mit unserem Geld. Wäre es nicht gescheiter gewesen, wenn dieses Geld dem Kindergarten oder sonst einer gemeinnützigen Einrichtung gespendet worden wäre? Meinen Sie nicht auch, dass so eine Einladung etwas seltsam aussieht? Mein Essen wollte ich selbst bezahlen – es wurde nicht angenommen. Daher habe ich der Kinderkrippe 10 Euro für Bastelmaterial zur Verfügung gestellt.

200 Euro sind manchmal zu wenig ...

Sie wissen doch: Voriges Jahr hat irgendjemand Lampen bei unserem Badeteich aus der Verankerung gerissen und ins Wasser geworfen, und auch andere kleinere und größere Vandalenakte sind verübt worden. Das schaut nach Dumme-Jungen-Streiche aus, geht aber auf die Dauer ins Geld und kann auch gefährlich sein.



Grüne Gemeinderätin Germaid Puhr

Strafen nützen da wenig (vor allem, wenn man die Täter nicht erwischt!). Jugendliche brauchen Spaß, wollen sich austoben, manchmal auch gegen die Regeln verstoßen. Aber man sollte ihnen helfen, ihre Kräfte sinnvoll zu nützen. Feuerwehren und Vereine leisten hier wichtige Arbeit, aber manche Mädchen und Burschen wollen sich vielleicht nicht gleich in Vereinen engagieren.

Deshalb habe ich mich seit einiger Zeit für einen Jugendausschuss eingesetzt – Jugendliche sollen in die Gestaltung unserer Gemeinde eingebunden werden. Und siehe da – vor kurzem hat sich der Jugendausschuss konstituiert. Endlich. Jetzt muss er nur noch arbeiten!

LIEBE

GEMEINDEBÜRGER/INNEN!

Wir Grüne sind bereits in 63 steirischen Gemeinden vertreten und sind in diesen Gemeinden meist Vorsitzende im Finanz-Prüfungsausschuss.

Im Frühjahr 2015 werden die steirischen Gemeinderäte/Gemeinderätinnen neu gewählt.

- Möchtest Du in Deiner Gemeinde mitgestalten?
- Kannst Du Dir vielleicht vorstellen, als Gemeinderat/Gemeinderätin mitzureden?

Reden wir miteinander!

Gemeinderätin Germaid Puhr steht Dir gerne für Infos zur Verfügung.

Kontakt: 0660/41 37 999 oder germaid.puhr@gruene.at

Schauen wir gemeinsam auf Sinabelkirchen!

DEIN EUROPA KANN MEHR!

DEINE STIMME IST WICHTIGER ALS DU DENKST -

AM 25. MAI.

Wir können Europa sozialer, demokratischer, grüner machen!

Europa ist unser Zuhause. Wir reisen ohne Grenzkontrollen, wir bezahlen in vielen EU-Mitgliedsstaaten mit dem Euro, wir arbeiten international, lernen und studieren europaweit. Europa ist weltweit zu einem Symbol für Frieden, Freiheit und Wohlstand geworden.

Doch zugleich wird die europäische Idee bedroht: von skrupellosen Lobbys, Großkonzernen und einer entfesselten Finanzindustrie. Tausende Lobbyisten nehmen das europäische Projekt in Geiselschaft und ruinieren Umwelt, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und nicht zuletzt unsere Grund- und Menschenrechte.

Die Wahrung der Grundrechte ist die zentrale Herausforderung der EU-Politik. Spätestens seit Edward Snowdens mutiger Aufdeckung der Massenüberwachung durch den US-Geheimdienst NSA ist klar: Wesentliche Freiheitsrechte sind in Gefahr. Wir Grüne halten dagegen, wir wollen uns nicht im Albtraum einer total überwachten Gesellschaft wiederfinden. Individuelle Daten gehören den Einzelnen und nicht Staaten oder Firmen. Privatheit soll als unteilbares Element der Würde des Menschen anerkannt werden und auch im Internet gelten.

Die gleiche Vehemenz und Klarheit braucht es bei den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP), das wir Grüne in der jetzigen Form ablehnen, sowohl was den Sozial- und Umweltstandards gefährdenden Inhalt als auch die intransparente Art der Verhandlungen betrifft. TTIP

ist ein Projekt der Großkonzerne, die Standards abbauen wollen. Ginge es nach den USA, würden Hormonfleisch, genmanipulierte Lebensmittel und Fracking auch bei uns bald zum Alltag gehören. Wir setzen alles daran, dass TTIP das gleiche Schicksal ereilt wie das Grundrechte verletzende ACTA-Abkommen, das maßgeblich auf Grüne Initiative hin durchgefallen ist.

Die EU ist bei weitem nicht perfekt. Ihre Mängel legen gerade wir Grüne schonungslos offen. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass unser Europa mehr kann: Freiheit, Vielfalt und ein menschliches Miteinander statt Korruption, Packelei und Gier. Statt einer „Immer-Mehr-Gesellschaft“ wollen wir die „Immer-Fair-Gesellschaft“. Bildungslust statt Bildungsfrust. Gesunde Lebensmittel, die fair produziert werden. Vielfalt statt Einfalt, vom Saatgut bis hin zur Energiepolitik. Europa braucht neben ambitionierten Klimazielen einen



Ulrike Lunacek: "Deine Stimme zählt!"

Grünen Investitionspakt für nachhaltige Entwicklung. „Raus aus Öl und Gas“ macht nicht nur ökologisch, sondern auch menschenrechtlich Sinn.



IMPRESSUM: Die Grünen Steiermark, Jungferngasse 3/1, 8010 Graz, E-Mail: steiermark@gruene.at, www.stmk.gruene.at
Namentlich gezeichnete Texte geben die Meinung der AutorInnen wieder und müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.